

Beschluss des Landrats vom 30.10.2025

Nr. 1380

14. Fragestunde der Landratssitzung vom 30. Oktober 2025 2025/431; Protokoll: ps

1. Peter Hartmann: Ohrenbetäubender Lärm beim Gleis 4 in Muttenz

Peter Hartmann (Grüne) verweist darauf, dass Frage 3 mit Ja oder Nein hätte beantwortet werden können. Der Regierungsrat hat die Frage im Konjunktiv beantwortet. Deshalb folgende Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat bereit, die SBB und das Bundesamt für Verkehr (BAV) zu einem Gespräch und am besten zu einem Augenschein einzuladen?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt zur Reihenfolge, dass zuerst der Sachverhalt abgeklärt und allenfalls Messungen durchgeführt würden. Wird festgestellt, dass es sich um ein messbares Problem handelt, ist der Regierungsrat bereit, dies bei den SBB einzubringen.

2. Christine Frey: Energiedekret: Zeitnahe Abstimmung ermöglichen

Christine Frey (FDP) erklärt, im ersten Halbjahr 2026 werde über zwei energiepolitische Vorlagen abgestimmt werden: einerseits über die Solarinitiative der SP und andererseits über die Initiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung». Die Frage war, ob die letztgenannte Initiative zuerst zur Abstimmung gebracht werden könnte, da am 1. Januar 2026 das Verbot fossiler Heizungen in Kraft tritt. Damit baldmöglichst Klarheit besteht, sollte diese Initiative möglichst schnell dem Volk vorgelegt werden. Der Regierungsrat argumentiert, die Solarinitiative sei zuerst eingereicht worden und diese würde die andere aufheben. Das gilt jedoch auch bei der anderen Reihenfolge. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, das Vertrauen in die Politik zu stärken anstatt zu schwächen: Die Initiative so rasch als möglich vors Volk zu bringen oder die Abstimmung im Juni durchzuführen und das Dekret so lange zu sistieren. Die Zusatzfrage lautet: *Ist der Regierungsrat bereit, über die Fragestellung nochmals nachzudenken?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) hält fest, die Antwort enthalte den Stand der Erörterungen zum Thema. Die bisherigen Überlegungen wurden abgebildet. Der Redner möchte den Entscheidungen jedoch nicht vorgreifen. Der Regierungsrat wird voraussichtlich am kommenden Dienstag darüber entscheiden, über welche Vorlagen im März 2026 abgestimmt wird.

3. Andi Trüssel: Handlungsspielraum des Regierungsrats beim Vollzug des Energiedekrets (Heizungseratzverbot ab 1. Januar 2026)

Andi Trüssel (SVP) hatte beim Lesen der Antworten das Gefühl, dass ein Problem bewirtschaftet anstatt gelöst werde. Der Regierungsrat verweist auf die ablehnende Haltung zur Initiative und das ist Grund genug, sich keine Gedanken darüber zu machen. Findet die Abstimmung über die Initiative im Juni 2026 statt, hat man für sechs Monate ein Problem. Dann müsste der Regierungsrat je nachdem zurückbuchstabieren. Die Zusatzfrage lautet: *Weshalb verweigert der Regierungsrat dem Landrat die Möglichkeit, eine befristete Suspendierung des Heizungseratzverbots in einem demokratischen Prozess zu beschliessen?*

Antwort: Wöchentlich grüsse das Energiedekret, so Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne). Der Landrat hatte 2023 entschieden, dass die Umstellung 2026 erfolgen solle. Zudem hatte er im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung per Oktober 2024 einen entsprechenden Vorstoss von Andi Trüssel nicht für dringlich erklärt. Das Dekret trat infolgedessen in Kraft. Die Betroffenen halten

sich daran. Der Redner hat bisher keine Reklamationen gehört. Im Wissen darum – auch der Landrat weiss dies –, dass nicht Neubauten anspruchsvoll sind, denn bei diesen wird in der Regel eine zeitgemäss Lösung realisiert. Deshalb gab es bisher keine grossen Diskussionen. Die Branche, Swisstec, sagte auch öffentlich, sie sei darauf vorbereitet. Es gibt eigentlich keine Unklarheiten – ausser gewisse Haltungen, die bei dieser Frage zum Ausdruck kommen. Ebenso gibt es eine Initiative zum Thema. Es ist legitim, jederzeit geltendes Recht ändern zu wollen, und falls die Bevölkerung der Initiative zustimmt, geschieht dies auch. Der Landrat hat aber auch entschieden, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Der Landrat hatte mehrfach Gelegenheit, Entscheide zum Thema zu treffen. Es liegt somit nicht beim Regierungsrat.

Peter Riebli (SVP) weist darauf hin, der Landrat habe auch mit einem Gegenvorschlag beschlossen, dass die Übergangsfrist bis 2030 verlängert werde. Zusatzfrage: Weshalb ignoriert der Regierungsrat dies?

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) ist nicht bekannt, dass der Landrat einen Gegenvorschlag zur Initiative beschlossen habe.

4. Manuel Ballmer: Verwendung alte Birsbrücke

Manuel Ballmer (GLP) hat eine Zusatzfrage: Weshalb braucht es einen Sicherheitsdienst, um 100 Tonnen Altstahl beziehungsweise einer Brücke zu bewachen, die niemand will?

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) geht davon aus, dass der grösste Teil der CHF 11'000.– pro Jahr nicht für den Sicherheitsdienst ausgegeben werde, sondern für die Miete. Vielleicht war es eine Anforderung des Vermieters.

Peter Riebli (SVP) hat eine Zusatzfrage: Wie viel ist der Schrott der Brücke wert, wenn sie nicht verwendet werden kann, sondern entsorgt werden muss?

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, diese Zahl sei relativ tief und liege zwischen CHF 10'000 und 20'000.–. Die Preise schwanken. Es wurde entschieden, zu versuchen, die Brücke wieder einzusetzen. Der grösste Teil der Kosten ist bereits angefallen. Gewisse Gemeinden prüfen, ob sie die Brücke übernehmen wollen. Es braucht etwas Zeit. In so kurzer Zeit kann noch kein fertiges Projekt vorliegen. Ist die Brücke in zehn Jahren nicht weg, hat der Regierungsrat verloren.

::: Alle Fragen sind beantwortet.
